

Umweltschützer wollen Bohrungen für B-96-Ausbau stoppen

Von Heike Sommer

Mit Großbohrtechnik finden jetzt Baugrunderkundungen für den geplanten B-96-Ausbau zwischen Neustrelitz und Neubrandenburg statt. Naturschützer erheben Einspruch.

NEUSTRELITZ/NEUBRANDENBURG. Für den geplanten Ausbau der B96 zwischen Neustrelitz und Neubrandenburg finden jetzt Baugrunderkundungen mit Großbohrtechnik statt. Wie das Straßenbauamt öffentlich bekannt gab, dienen diese Arbeiten zur sorgfältigen Vorbereitung der Entwurfsplanung. Betroffen sind Grundstücke im Bereich Neustrelitz, Neubrandenburg, Blumenholz, Groß Nemerow, Holldorf und Burg Stargard.

Grundstückseigentümer seien gesetzlich dazu verpflichtet, diese Arbeiten zu dulden. Gegen diese Bekanntmachung konnte bis zum 19. Oktober Widerspruch erhoben werden. Von diesem Recht hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) jetzt Gebrauch gemacht. Die Stellungnahme liegt dem Nordkurier vor. Darin fordert der BUND-Landesverband Meck-



Mit Planen machte das Aktionsbündnis „B-96-Ausbau – So nicht!“ im vorigen Jahr auf den großen Flächenverbrauch für den Ausbau der Bundesstraße aufmerksam.

FOTO: MIRKO HERTRICH/NK-ARCHIV

lenburg-Vorpommern, bereits begonnene Bohrungen sofort einzustellen und zunächst die Naturverträglichkeit des Vorhabens zu prüfen.

Naturschutzgründe angeführt

Insbesondere wird kritisiert, dass Großbohrungen innerhalb des Vogelschutzgebietes Wald- und Seenlandschaft Lieps-Serrahn und in sogenannten FFH-Gebieten am Tollensesee stattfinden. Laut Ankündigung des Straßenbauamtes befinden sich Bohrungen auch zwischen den Naturschutzgebieten Non-

nenhof und Nonnenbachtal. „Hierbei ist genau zu klären, dass diese Bohrungen nicht innerhalb eines der Gebiete liegen“, fordert der BUND. Ansonsten müsse seitens des Straßenbauamtes eine entsprechende Ausnahmegenehmigung bei der Unteren Naturschutzbehörde beantragt werden. Die Übersichtskarte des Straßenbauamtes zeige, dass sich eine Bohrung im Naturschutzgebiet Hellberge befinde. Der BUND weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass es laut Verordnung verboten ist, „Sprengungen oder Bohrungen vorzuneh-

men oder in sonstiger Weise die Oberflächengestalt zu verändern.“

Auch in Bezug auf den Biotop- und Artenschutz sieht der Naturschutzverband die Bohrungen kritisch. Es müsse beispielsweise auf Brutvögel, Fledermausquartiere sowie Amphibienbestände Rücksicht genommen werden. Der BUND gehört dem Aktionsbündnis „B-96-Ausbau – So nicht!“ an, das eine naturverträglichere Ertüchtigung der Fernverkehrsstraße fordert. Dem Bündnis haben sich unter anderem die Gemeinde Blumenholz, regionale Orga-

nisationen der Linken und der Grünen angeschlossen. Es protestiert seit Jahren gegen den seiner Ansicht nach natur- und menschenfeindlichen überdimensionierten Ausbau der B96 zwischen Neubrandenburg und Neustrelitz.

Städte, Land und IHK wollen schnellen Ausbau

Befürworter sehen dagegen Chancen für die Wirtschaft. So würde das Bündnis „B96. jetzt“ die Ausbaupläne lieber beschleunigen. Dem Bündnis gehören neben der Industrie- und Handelskammer (IHK) auch Unternehmervverbände, die Bürgermeister von Neubrandenburg und Neustrelitz und diverse Unternehmer aus der Region an. Auch das Land bekennt sich zu den Ausbauplänen. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) bezeichnete die Verbindung zuletzt im April als „wichtige Magistrale für Mecklenburg-Vorpommern“ zur Anbindung an den Berliner Raum.

Annett Beitz vom „So nicht!“-Bündnis hält dem entgegen: „Der bisher geplante Ausbau ist zu 60 Prozent ein Neubau und widerspricht jedem Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsgedanken. Er verhandelt unseren Landstrich

und macht ihn zum Leben und Urlaubern unattraktiv. Wir fordern einen nur leichten Ausbau mit einigen wenigen besseren Überholmöglichkeiten. Die dadurch übrigen 100 Millionen Euro müssen in das Schienen- und Radwegenetz investiert werden – so sieht moderne Verkehrspolitik für Mensch und Umwelt aus.“

Kontakt zur Autorin
h.sommer@nordkurier.de

24.10.2023

Neubrandenburger Zeitung